

1. Kanzlerin **Merkel** will **Anfang 2006** einen **nationalen Energiegipfel** mit allen Beteiligten einberufen und darin ihre **Leitlinien der Energiepolitik festlegen**. Dabei sollen die **künftige Rolle von Kohle, Gas, Öl, Kernenergie und erneuerbaren Energien** geklärt werden und auch die Grundlagen für den **CO₂-Emissionshandel** gemeinsam mit der Wirtschaft überarbeitet werden. Ziel sei eine verlässliche Versorgung zu akzeptablen Preisen. Dazu **E.ON-Energie-Chef Johannes Theyssen**: "Im traditionellen energiewirtschaftlichen Zieldreieck darf **nicht länger der Umweltschutz einseitig bevorzugt** sein. Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit müssen wieder gleichberechtigte Parameter werden. **BDI-Chef Jürgen Thumann** plädiert sogar dafür, dass **Energie künftig eindeutig Vorrang vor Umweltfragen** haben müsste, denn Energiepolitik ist Wirtschafts- und Standortpolitik. Bei den **Erneuerbaren Energien** soll die **wirtschaftliche Effizienz bis 2007 überprüft** werden. (Regierungserklärung der Kanzlerin, Welt 01.12.05. Leipz.Volksztg. 06.12.05)

2. **Wirtschaftsminister Michael Glos** will die **längere Nutzung der Kernkraftwerke** in der Großen Koalition zum Thema machen. "Bei der Versorgung mit Strom wird auch in Zukunft die Kernkraft eine wichtige Rolle spielen müssen. Man darf sich **nicht aus einer Zukunftstechnologie zurückziehen**". (Frankf. Allg. Sonntagsztg. 11.12.05, www.faz.net)

3. Die **Absicht der neuen Bundesregierung, die Endlagerfrage** nach 7 Jahren des Stillstandes **in dieser Legislaturperiode voranzutreiben**, wird von der KTG ausdrücklich begrüßt. "**Die sichere Endlagerung ist in Deutschland technisch lösbar**. Es ist an der Zeit, dies auch politisch zu realisieren", sagte der KTG-Bundesvorsitzende Dr. Ralf Güldner am 29.11.2005 in Berlin (Pressemitteilung der KTG 29.11.2005, siehe auch Kurzinformatio 174/4)

4. **Prof. Dr. Kühn** wurde am 29.11.2005 im feierlichen Rahmen die **Ehrenmitgliedschaft in der Kerntechnischen Gesellschaft** verliehen. Die KTG würdigt damit Kühns jahrzehntelanges und **überaus großes Engagement** für die Forschung und Lehre auf dem **Gebiet der Endlagerung** sowohl innerhalb als auch außerhalb der deutschen Grenzen.

5. Das **Europäische Parlament** verabschiedete eine **Resolution zum "Klimawandel"**. Dabei stimmte eine **Mehrheit** der Parlamentarier mit 453 gegen 204 Stimmen für die Streichung eines Absatzes der vorsah, die Kernenergie weiterhin aus den Elementen der EU-Klimapolitik auszuschließen. Mit anderen Worten: Die **EU favorisiert mehrheitlich eine Pro-Kernenergie-Politik im Hinblick auf das Klimaproblem**. (3B plus, 24.11.05)

Holen Sie sich **Fachinformationen** bei www.kernenergie.de im Lexikon. Bei dieser Internetadresse finden Sie auch Hinweise auf interessante Broschüren, Filme und Ausarbeitungen aus dem Bereich der Kernenergie.

6. **Dramatische Kehrtwendung in der britischen Energiepolitik: Statt des Ausstiegs plant die Regierung Blair neue KKW**. In Großbritannien muß bis 2020 1/3 der Stromerzeugungskapazität, darunter viele KKW, ersetzt werden. Geplant ist der Bau von **mindestens 10 neuen KKW**, zumeist an bestehenden KKW-Standorten. Windräder, Wellen- und Gezeitenkraftwerke, Sonnenenergie und andere "**alternative" Quellen reichten nicht aus, um die Lücke zu schließen**, so Blair. (Der Standard/Österreich 30.01.05, Südwestpresse 01.12.05) Die **brit. Unternehmerorganisation "Confederation of British Industry (CBI)** hat die britische Regierung in ihrem Bericht "Powering the Future" dazu aufgerufen, eine neu überarbeitete, stimmige Energiepolitik aufzulegen und **innerhalb eines Jahres zu klären, ob sie eine neue Generation von KKW** unterstützt. (3B plus, 24.11.05)

7. **Kernkraftwende auch in Belgien?** Im Jahr 2003 hatte die belgische Regierung beschlossen, ab 2015 mit der Abschaltung der Kernkraftwerke zu beginnen, die 55 % des Stroms in Belgien erzeugen. **In Belgien und auch in den Niederlanden zeichnet sich ein Festhalten an der Kernenergie ab, u. a. um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren**. Der Regierungschef der **Niederlande**, Balkenende will das einzige **vorhandene KKW** nicht wie geplant 2013 stilllegen, sondern **noch weitere 20 Jahre lang betreiben**. (Neue Züricher Zeitung, 14.09.05)

8. **Windkraftwerke entwickeln sich für die Versicherer zum Problem**: die Fehleinschätzungen (Orientierung z. B. an Gas- und Dampfturbinen, Wettereinflüsse nicht berücksichtigt) bei der Fehleranfälligkeit der Windräder **kosten die Versicherungen in Deutschland einen 2-stelligen Millionenbetrag**. Allein die **Allianz registrierte 1000 Schadensfälle im Jahr 2004 mit einer durchschnittlichen Schadenssumme von 10.000 Euro**. Bei den Offshore-Windparks werden die Schäden durch Stürme u. ä. um ein Vielfaches höher sein als an Land. (Handelsblatt 13.12.05)

9. Im Streit um den geplanten **Windpark nahe der Wartburg/Thüringen** wartet die Unesco auf die Planungsunterlagen. Bis zum Abschluß der Prüfungen sollten keine Änderungen vorgenommen werden. Sonst **drohe die Aberkennung des Welterbe-Titels**. (Welt 28.11.05, S. 23)

"Die Bundesregierung möge doch von einer Einschränkung der Windkraft-Förderung absehen.

Eine Einschränkung nützt der Staatskasse nichts, weil die Kosten von den Bürgern mit der Stromrechnung erhoben werden"

Ahmels, Vorsitzender des Bundesverbandes der Windenergie